

Staatsanwaltschaft Potsdam  
Jägerallee 10 - 12  
14469 Potsdam

**Staatsanwalt legitimiert staatlich organisierten Mord  
Offener Brief im Rahmen der Kunstfreiheit  
Einspruch in der Sache 486 Js 26200/15**

27.07.15

Sehr geehrter Oberstaatsanwalt Heinrich Junker

Letzte Woche erhielt ich die dreiseitige Ausführung des Staatsanwaltes H., die im ethischen Sinne schwer zu ertragen ist. Trotz Jahrzehnten der Erforschung der Strukturen staatlicher Verbrechen, beispielsweise im Kolonialismus, dessen Auswirkungen uns noch heute über Terrorismus und Kriege im nahen Osten prägen, trotz der Überwindung der Apartheid, trotz der deutschen Geschichte in DDR und Faschismus und Jahrzehnten des Diskurses über die Mechanismen struktureller Gewalt, wie der Schreibtischtäterschaft, argumentiert die Justiz wieder einmal ganz im Sinne eines elitären Herrschaftsverständnisses. Ein Verständnis, unter dem jene, die das Sagen haben, sich selbst grundsätzlich nicht zu hinterfragen brauchen, unter dem Andere per Gesetz als von Makeln behaftet definiert werden und man darin versucht, eine natürliche selbstverständliche Schuld und Minderwertigkeit der Betroffenen festzustellen, um sie scheinbar legitimiert gefügig machen zu dürfen, oder noch Schlimmeres. Sichtbar werdendes Unrecht in Form gesellschaftlicher Krise wird nicht als Aufforderung zum Wandel begriffen, sondern als Gefahr für den Status der Mächtigen. Im Zentrum steht die Absicht, die Opfer struktureller Gewalt als Täter zu stilisieren und tatsächliche Verbrechen durch staatliche Stellen zu verharmlosen und als notwendig für das Gemeinwohl darzustellen. Hier wird gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit juristisch legitimiert. Hier wird die schwere Misshandlung einer ganzen Gruppe als im Sinne der Gemeinschaft, im Sinne des Steuerzahlers verzerrt.

Völlig unreflektiert argumentiert der Staatsanwalt H., ohne gesellschaftliche Verantwortung für seine Worte zu übernehmen und gefährdet damit aktiv Menschenleben. Darüber hinaus ignoriert er klare Beweise und wiegelt diese pauschal ab. Es ist zu befürchten, dass er hier ideologisch verblendet ist und darum die vorgelegten Beweise pauschal für nichtig erklärt, ohne auf ein einziges dieser Beweismittel im Detail einzugehen. Es ist, als könne es sich bei der Beschwerde/Anzeige eines aus der Armut argumentierenden und fordernden Menschen nicht um tatsächliche Zeugnisse handeln, da, wer arm ist, offenbar von der Staatsanwaltschaft zu einer Kategorie Mensch gerechnet wird, deren Lebenswirklichkeit keine Wirklichkeit ist, sondern jederzeit und ausschließlich von den durch Arbeitsplätze legitimierten, also „besseren“ Menschen für mich definiert wird. Ich werde darin belehrt, dass mein Schmerz kein Schmerz ist, sondern ein Makel, für den der Steuerzahler aufkommen muss, weshalb ich keinen Schmerz haben darf. Darum gibt es auf der Seite der staatlichen Täter auch keine Schuld.

Sollte seine Argumentation zur Vorlage in den Jobcentern, oder im Umgang mit Flüchtlingen werden, wenn es dies nicht schon ist, befürchte ich weitere Todesfälle und schwerere Formen der Misshandlung.

Aktuell stirbt der Aktivist Ralph Boes in Berlin einen langsamen Sanktionstod. Er verliert jeden Tag Körpergewicht und noch immer leugnet die Staatsanwaltschaft, dass hier ein politischer Mord vor unseren Augen abläuft. Das Schreiben des Staatsanwaltes H. ist praktisch ein Freibrief zur staatlich legitimierten Ermordung von Ralph Boes.

Der Staatsanwalt H. ist darum sofort aus dem Staatsdienst zu entlassen und ich erwarte vom Generalstaatsanwalt, dem dieses Schreiben ebenfalls zugestellt wird, eine Richtigstellung gegenüber der Öffentlichkeit.

In diesen gefährlichen Zeiten ist es essentiell, dass staatliche Stellen sich zum Menschen bekennen und schützend vor die Opfer von Verfolgung und Misshandlung stellen. Dieser fahrlässige Umgang mit Opfern staatlicher Gewalt zeigt mal wieder, wie sehr die Justiz auf dem rechten Auge blind ist und eine arrogante Stellung gegenüber Menschen in Armut einnimmt. Man versucht in selbstgefälliger Manier das Recht auf eine Weise zu verdrehen, die Grundsätze des Rechtsstaates ad absurdum führt. Nur wenige Jahrzehnte, nachdem Hannah Arendt im Rahmen der Nürnberger Prozesse über die Banalität des Bösen schrieb, ist es für die Staatsanwaltschaft offenbar, als habe es die Analyse der Methoden staatlicher Verbrechen nie gegeben und man dürfe sich ohne Geschichtsbewusstsein diesen zwingenden Zusammenhängen gegenüber verweigern.

In den kommenden Tagen werde ich als Schriftsteller die entsprechenden Stellen der Vereinten Nationen, das deutsche PEN Zentrum, sowie das europäische Parlament über dieses unfassbare Vorgehen der deutschen Justiz informieren. Ich erstatte außerdem beim Generalstaatsanwalt Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg Strafanzeige gegen die Staatsanwaltschaft Potsdam und den Staatsanwalt H. wegen Strafvereitelung im Amt und fahrlässigem Umgang mit den Opfern von schwerer, staatlicher Misshandlung. Sie können davon ausgehen, dass weitere Strafanzeigen folgen werden.

Zu Ihrer Information halte ich fest; Wegen meiner kritischen Arbeit als Schriftsteller, in der ich große Unternehmen im Sinne des Menschen herausgefordert habe und versuchte, auf gesellschaftliche Missstände aufmerksam zu machen, neue Ideen zu entwickeln, wurde ich, wie viele andere KünstlerInnen und Andersdenkende in diesen Tagen auch, strukturell in den Konkurs getrieben. In fast zwanzig Jahren habe ich, wie viele andere KünstlerInnen und engagierte Menschen auch, umgerechnet eine halbe Million Euro an nicht bezahlter Arbeitsleistung und an tatsächlichen Investitionen in die Kultur dieses Landes gesteckt, von denen dieses Land profitierte, in unzähligen künstlerischen, sozialen, innovativen wirtschaftlichen Projekten. Meine Leistung, meine Bereitschaft bedingungslos an einer humaneren Welt zu arbeiten, kostete es was es wolle, hat mich letztlich wirtschaftlich ruiniert. Nicht, weil ich nicht wirtschaftlich kompetent bin, sondern weil das der Preis ist, der gezahlt werden musste, um das Richtige tun zu können, um beispielsweise Grundlagen für ein ande-

res Verständnis von Ökonomie zu erarbeiten.

Die scheinbar „stille Abschiebung“ jener, die anders sind, die nicht passen, aus den Unternehmen, die überall stattfindet, hat auch vor mir nicht halt gemacht. Nicht, weil ich nichts leiste, sondern weil die Ergebnisse meiner Arbeit unbequem sind und Veränderung erforderlich machen. Vor diesem Hintergrund fühlen Beamte, die unbezahlt noch nie etwas für diese Gesellschaft geleistet oder riskiert haben, sich offenbar legitimiert, mich wie Dreck zu behandeln. Auch aus dem Umstand heraus, dass ich verarmt bin und weil ich als Künstler irritierende, aber wichtige Fragen stelle. Diese Beamten fragen weder nach den Hintergründen der Situation, noch nach den dahinter stehenden Absichten. Ihr Verhalten führt zu einer neuen Form der Apartheid. Eine „soziale Apartheid“ derer, die wirtschaftlich scheinbar nicht verwertbar sind und deren Existenz, sobald sie als zu jener Gruppe zugehörig definiert sind, egal wie oder warum sie in die Situation gerieten, als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Die Zugehörigkeit zur „zweiten Klasse“ zeigt sich darin, dass man von allen Seiten betrachtet, unter Verdacht steht, ja in der tiefen Substanz und Integrität der Persönlichkeit als unrechtmäßig, als unwert definiert wird. Es ist eine Schuldigkeit, die von keinem Richter festgestellt wurde, die allein dazu dient, einen Menschen für vogelfrei zu erklären, damit jedermann über sie oder ihn spotten, sie oder ihn misshandeln kann, ohne dafür in irgendeiner Weise belangt zu werden. Das Label des „Hartz IV Empfängers“ ist ein Mittel struktureller Gewalt, welches wie im Rassismus, die Schuldigkeit einer ganzen Gruppe als Deckmantel für deren systematische Vernichtung und Misshandlung benutzt. Diese Gefahr muss erkannt und die Verantwortlichen für die Schaffung dieser Strukturen müssen verurteilt werden. Eine Bundesministerin, die darüber mehrfach informiert wurde und nicht handelt, muss angeklagt werden und es spielt keine Rolle, ob sie hier die Garantenstellung hat. Sie ist eine der politischen Hauptverantwortlichen.

Heute sage ich klar, dass viele KünstlerInnen sich bewusst wirtschaftlich ruinieren müssen, um die freie Kultur in diesem Land überhaupt möglich zu machen. Unsere Arbeit ist nicht strukturell derart entwertet worden, weil, was KünstlerInnen tun heute wertlos geworden wäre, sondern weil starke KünstlerInnen in der Lage sind, strukturelle Gewalt aufzudecken und zu verhindern. Für diejenigen, die sich der gesellschaftlichen Rolle von KünstlerInnen nicht bewusst sind, sei hier erwähnt, dass, wenn niemand mehr von der Norm abweichen darf, es dann auch niemanden mehr gibt, der oder die eine Norm in Frage stellen kann, der sich in den Unternehmen für jene einsetzt, die missverstanden, die ausgegrenzt, die entlassen werden, weil sie nicht entsprechen, nicht erreichen, obwohl dieses Verhalten oft einen tieferen Grund hat, es oft ein angemessenes Verhalten ist, eine angemessene Reaktion auf den häufigen Irrsinn wirtschaftlichen Handelns. Wenn keine abweichenden Realitäten mehr gelebt werden dürfen, dann existiert auch kein Raum mehr für individuellen Schmerz und dann ist auch was sie fühlen, auf gesellschaftlicher Ebene bedeutungslos. Dann wird jene Verhandlung, jene Beziehungsarbeit, auf der Gesellschaft im Kern beruht, verdrängt und durch das Diktieren, wie die Realität zu sein hat, wie sie wahrzunehmen ist, ersetzt. Wie der Staatsanwalt H. schreibt: *„Obgleich eine lange*

*Bearbeitungszeit oder die Herabsetzung ihrer Sozialleistung Ihnen als ungerecht erscheinen mag, stellt dies wie vorstehend ausgeführt, jedoch kein strafbares Verhalten... dar.“*

Obwohl Tausende im ganzen Land Schmerz erfahren, leugnet der Staat dessen Existenz und vergeht sich damit an den Menschen. Er verweigert die in der Demokratie erforderliche Beziehungsarbeit und Selbstreflexion. Gleichzeitig sagt der Staatsanwalt H. hier ganz klar, dass er diesen Schmerz sieht, was ihn aber offensichtlich nicht dazu bewegt, ihn auch in seiner Argumentation zu berücksichtigen, eher im Gegenteil, er entscheidet sich, den Schmerz zu verharmlosen. Weil diesen wahrzunehmen, Verantwortung zu übernehmen, danach zu handeln, einem lästig erscheint, die Karriere gefährdet oder schlicht die geölte Maschine einer menschenverachtenden Wirtschaftshaltung dann nicht mehr funktioniert. Dieses Verhalten ist im Kontext mit der Misshandlung von Randgruppen oder Andersdenkenden pathologisch, längst erforscht und zu verurteilen. Es zeugt von menschlicher Unreife und gesellschaftlicher Verantwortungslosigkeit.

In meinem Fall ignoriert der Staatsanwalt komplett die Lebenswirklichkeit von KünstlerInnen und kommt seiner Aufgabe nicht nach, mich in meiner vom Grundgesetz geschützten Tätigkeit vor Übergriffen durch staatliche Behörden zu schützen. Auch wegen dieser Unfähigkeit im Amt muss H. gehen. Diese Respektlosigkeit gegenüber der Kunstfreiheit, die wie früher auch heute noch direkt und indirekt Menschenleben rettet, weil die Freiheit kein Luxus ist, sondern die Grundlage des Lebens, das worauf Entwicklung, Intelligenz, Innovation beruhen. Sind die Entfaltungschancen einer Spezies eingeschränkt, stirbt diese. Jene reduktionistische Betrachtung des Menschen als Maschine, als Arbeiter, als etwas, was zu funktionieren hat, um nützlich für das Ganze zu sein, darf nicht zur Grundhaltung der Staatsanwaltschaft werden.

KünstlerInnen und kreative Menschen, die über Grenzen gehen und dabei viel riskieren, subventionieren mit ihrer ganzen Existenz die Kultur unserer Gesellschaft, welche auch eine wichtige Grundlage der Ökonomie ist. 800 KünstlerInnen in Berlin, also praktisch der halbe Kulturbetrieb, ist immer wieder von Hartz IV abhängig. Wer diese Realität nicht sehen will, lässt Hunderte leiden, die alles dafür geben, diese Gesellschaft nicht in den Faschismus abrutschen zu lassen. Obwohl wir selbst unter diesen schwierigen Bedingungen diese wichtige Arbeit fortführen, werden wir nicht von der Politik unterstützt, sondern massiv verfolgt. Dies zeigt, dass das Label „Hartz IV Empfänger“ in sich die totale Entwertung des Menschen voraussetzt und selbst jene, die wegen ihrer politischen und kulturellen Arbeit, also aus hoher ethischer Standhaftigkeit heraus, weil sie sich nicht verbogen haben, verarmt sind, werden sobald sie Hartz IV beantragen zu Dreck, den man umerziehen, nötigen, misshandeln darf, ohne vom Staatsanwalt H. Rechtsverfolgung erwarten zu müssen.

Es ist der kreative Mensch selbst, der dabei zerstört werden soll. Die KünstlerInnen und QuerdenkerInnen als Führungskräfte einer möglichen neuen Ökonomie, die kreativ und human aus der Wirtschaftskrise führt, werden hier mit allen Mitteln von denen angegriffen, die Wirtschaft als Normierung, als die Schaffung von konfor-

mem und vorhersehbarem Verhalten verstanden wissen wollen. Unsere Kompetenz wird im gesellschaftlichen Diskurs über die Lösungen für die großen Krisen unserer Zeit systematisch verhindert. Weil, was wir anbieten können, zwar neue Antworten bringt, die Machthabenden jedoch nur daran interessiert sind, die Verhältnisse statisch zu halten. Die Krise nutzt ihnen, um Herrschaftsanspruch zu legitimieren.

Der Staatsanwalt H. schreibt einleitend: *„In ihrer Strafanzeige stellen Sie dar, dass ihnen von den Mitarbeitern des Jobcenters ihre Heizkosten nicht erstattet worden seien, wodurch ihre Wohnung zur Winterzeit unbewohnbar geworden sei und ihnen dadurch der Kältetod bzw. Hungertod gedroht habe. Sie vermuten, dass die Verweigerung von Sozialleistungen mit hoher Wahrscheinlichkeit dazu gedient habe, sie als Künstler und Kritiker des Systems erfrieren bzw. verhungern zu lassen.“*

Hier möchte ich gleich zu Beginn auf die manipulative Ausdrucksweise des Staatsanwaltes hinweisen. Sein möglicherweise von Vorurteilen geprägtes „Framing“ des Kontextes legt nahe, es stecke hinter den unter Hartz IV angewendeten Maßnahmen, sowie hinter dem dysfunktionalen Aufbau der Jobcenter, wodurch Menschen oft über Monate auf lebensnotwendige Zahlungen warten müssen, kein politischer Wille. Es herrsche nicht die Absicht, Menschen, besonders Andersdenkende unter Druck zu setzen. Es sei nicht die Absicht der Politik, Menschen durch Hartz IV zu misshandeln, obwohl es die klar formulierte Absicht ist, den größtmöglichen Druck auszuüben. Man kürze zwar Betroffenen das Geld, bis in den Tod, habe aber nicht die Absicht, dabei zu töten. „Sanktion“ ist demnach auch nicht die Absicht zu bestrafen, obwohl die Bedeutung des Wortes „Sanktion“ auch im Rechtsbereich als Strafmaßnahme zu verstehen ist. Angelehnt an den Film „1984“, der wesentliche Methoden der Verdrehung der Opferwahrnehmung in faschistischer Tyrannei entlarvt, ist für den Staatsanwalt H. Krieg wohl auch Frieden.

Offenbar ist er nicht interessiert genug, sich meinen Fall im Detail anzuschauen und darin die Möglichkeiten zu einer offenen Kritik an Gesellschaft und Staat zu erkennen. Er ist offenbar bereit, sich jeder erdenklichen Lesart der Bundesregierung unkritisch anzuschließen und er disqualifiziert sich dadurch als Staatsanwalt und betreibt reine Propaganda.

Es ist nicht möglich, im ganzen Land bei mehreren Millionen Menschen immensen Druck zu erzeugen, ohne dass dieser Druck in zu vielen Fällen in Misshandlung umschlägt. Massiver Druck ist keine kontrollierbare Kategorie, sondern die Bereitschaft, grenzenlos Macht anzuwenden. Nirgends in SGB 2 ist aufgelistet, wo die Grenze dieser Gewaltanwendung verläuft.

Verschärft wird dies durch die Absicht der Regierung, solange massiven Druck auszuüben, bis die betroffene Person in Arbeit gebracht wurde. Die Wirtschaft als Gegenspieler dieser Bemühung, und wesentliche Ursache für die Verarmung Vieler, trägt für diesen Prozess offenbar keinerlei Verantwortung.

Es ist das perfide Wesen struktureller Gewalt, dass sie ab einem gewissen Punkt um ihrer selbst willen passiert. Denn die Legitimation struktureller Gewalt ist immer eine Lüge. Da niemand über Millionen Menschen bestimmen kann, ohne dabei Ungerechtigkeit zu begehen, müssen die Millionen so beschrieben werden, dass

sie jene Misshandlung auf jeden Fall verdient haben.

Die Richtigkeit der These, dass der Druck gerechtfertigt ist, kann nur durch die Behauptung, dass „alle“ Arbeitslosen faul, unwillig und minderwertig sind, „gerechtfertigt“ werden, weshalb nur totaler Druck auf alle den unmittelbaren Druck gegenüber dem Einzelnen rechtfertigt. Erst die Pauschalisierung legitimiert die falsche Annahme, der Arbeitslose habe einen grundsätzlichen Makel. Denn nur, wo viel Gewalt ausgeübt wird, scheint die Gewalt angebracht zu sein. Warum sonst sollte sie in diesem Ausmaß zur Anwendung kommen? Für alle Beteiligten beginnt damit eine Gewaltspirale, die sich in struktureller Gewalt manifestiert, während die einzelnen Schreibtischtäter nur noch agieren, um ihre Position zu erhalten. Um ihre eigene Rolle als Strafende zu rechtfertigen. Genau das passiert unter Hartz IV in vielen Jobcentern. Ich sage bewusst nicht „in allen“.

Wenn Sie ein Jobcenter betreten, werden sie überall nur bedrückte Menschen sehen. Man behandelt sie wie Abschaum, weil sie Abschaum sein müssen, damit die Behörde sich selbst aufwerten und selbst als die Aktive, als die Konstruktive bestätigen kann. Die Abschaffung der Arbeitslosigkeit ist ihr aber nicht möglich. Zur echten Hilfe ist die Bürokratie nicht fähig, also können diese Dinge als Existenzberechtigung nicht genügen. Somit ist die Absicht Gewalt über jedes Maß hinaus anzuwenden, in der Struktur und Zielsetzung von Hartz IV bereits belegt, was H. nicht sehen will. Wenn im Markt keine Arbeit für alle vorhanden ist, bedeutet dies, dass Millionen Menschen ohne Sinn und Verstand unter permanentem Terror leben und es für sie kein Entkommen gibt. Ich halte also fest, dass der Staat hier selbstverständlich Menschen foltert. Dies ist so sehr eine Tatsache, wie es eine Tatsache ist, dass Äpfel vom Baum fallen. Es ist eine soziologische, psychologische Realität. Solange nicht für jeden Arbeit da ist, ist diese Form des Drucks nicht mehr dadurch gedeckt, dass auf diese Weise mehr Menschen in Arbeit kommen sollen, was faktisch nicht passieren kann, sondern nur noch Gewalt um ihrer selbst willen. Gewalt um eine „Gewaltbehörde“ zu legitimieren. Das ist nicht nur politischer Betrug.

Natürlich ist es wegen des Aufbaus von Hartz IV dem einzelnen Sachbearbeiter nur bedingt bewusst, dass ihr Schreibtischjob die Grundlage der Misshandlung von Millionen ist. Die strukturelle Gewalt ihrer Tätigkeit, jene Verantwortung schiebt sie an eine abstrakte Obrigkeit ab. Im Sinne der Arbeit von Hannah Arendt werden die Taten *„nicht von „Gangstern, Monstern oder rasenden Sadisten begangen, sondern von den angesehensten Mitgliedern der ehrenwerten Gesellschaft“*. *Folglich sollten diejenigen, die mitmachten und Befehlen gehorchten, nie gefragt werden: „Warum hast du gehorcht?“, sondern: „Warum hast du Unterstützung geleistet?“* (Wikipedia, über die Arbeit von Hannah Arendt)

Es ist die Psychologie struktureller Gewalt, dass die Schreibtischtäter den Zwang verspüren, noch mehr Gewalt anzuwenden, noch mehr Kontrolle umzusetzen, weil nur das in der kognitiven Dissonanz eine Art Befriedigung der inneren Unruhe, des inneren Konfliktes bewirkt. Man weiß, dass man richtig ist, weil man entspricht.

In diesem Moment werden Emotionen verdrängt, weshalb auch der Staatsanwalt H. offenbar keinerlei Emotionen, keinerlei Empathie mit den Opfern verspürt. In

ihm regt sich nicht der geringste Zweifel, dass die Vorenthaltung von Nahrung möglicherweise fundamental falsch sein könnte.

Ralph Boes stirbt auch nicht an jenen staatlichen Anordnungen, die ihm die Lebensgrundlage genommen haben, da er sich nach Ansicht der Behörden jederzeit einen Job suchen könnte, der aber faktisch nicht vorhanden ist, von den anderen Zusammenhängen, die seine Arbeit als Aktivist betreffen, ganz abgesehen. Diese Details sollen jedoch die heile Welt der bürokratischen Monster nicht stören.

Angesichts der Diskussionen im ganzen Land über die Verfassungswidrigkeit von Hartz IV und besonders der Sanktionen, kann es unmöglich durchgehen, dass ein Sachbearbeiter sich als von der Gesellschaft und der Geschichte getrennt, als kleines Rädchen im System definiert, und ein Staatsanwalt in Angesicht der Tatsache, dass auch viele Verbrechen des Faschismus und der Stasi nach deren Recht legal waren, hinter dem Umstand verstecken, dass die Regierung einen juristischen Weg gefunden hat, um strukturelle Misshandlung, ja strukturellen Mord zu legitimieren. Vor der Geschichte wird H. dafür genauso verurteilt werden, wie die Handlanger jeder Tyrannei, die sich später reumütig darauf beziehen, nur Gesetze befolgt zu haben.

Hier muss klar festgehalten werden, dass die neue Form des staatlichen Terrors vom „dysfunktionalen Staat“ ausgeht. Also von einer Politik, die sich den Armen, Andersdenkenden oder Randgruppen gegenüber als unfähig und inkompetent, ja geradezu hilflos darstellt, um massiv Menschen durch strukturelles Versagen zu misshandeln, während dies nicht als bewusste Absicht erkennbar werden soll. Dies passiert mit den Flüchtlingen im Mittelmeer, dort wo Flüchtlingsheime brennen und mit den Arbeitslosen in Europa. Für die Armen ist im Staat stets niemand zu Hause. Für die Armen ist der Beamte stets ein dummer, ein unendlich langsam arbeitender, ein machtloser Beamter ohne entsprechende Mittel, um angemessen seiner Verantwortung nachzukommen. Eben kein Verbrecher, kein Handlanger einer Regierung, die sich der unbequemen Menschen auf diese scheinbar unschuldige Weise entledigen will. Oder sie schlicht instrumentalisiert, um zweifelhafte, politische Ziele durchzusetzen.

H. schreibt zu dieser Form der Verdrängung, die für den Schreibtischtäter typisch ist: *„Des weiteren schildern Sie, dass Sie das Verfahren zum Erhalt von Sozialleistungen als psychische Folter wahrnehmen und dadurch ihre Gesundheit erheblich beeinträchtigt sei. Zudem sei die Kürzung ihrer Sozialleistungen (...) völlig willkürlich und könne nur als Bestrafung verstanden werden. Ferner äußern Sie in Ihrem Schreiben (...) die Vermutung, dass die Mitarbeiter des Jobcenters Teltow-Fläming bewusst eingereichte Unterlagen vernichten. Weiter gebe es eine Dienstanweisung, nach der die Mitarbeiter des Jobcenters aufgefordert würden, das Datum der Bearbeitung anstelle des Antragsdatums im System einzutragen. (Um verzögerte Bearbeitungszeit zu verschleiern)“*

H. formuliert, als sei es meine Erfindung, dass die Kürzungen im Sozialbereich Menschen in ganz Europa existenziell zerstören. Er verdrängt die Realität. Er überspitzt durch das Aneinanderreihen von Feststellungen, die er als Behauptung einleitet (statt zu ermitteln), die Ernsthaftigkeit meiner Aussage ins Lächerliche.

Hier wird der Umstand, dass ich mich wegen eines nervlichen Zusammenbruchs in direkter Folge der Zahlungseinstellungen in ärztliche Behandlung begeben musste, als „subjektive Wahrnehmung“ diffamiert. Die Fakten werden nicht kommentiert, die Beweise nicht im Detail erfragt, sondern zurückgehalten. Der Umstand, dass ich in dieser traumatisierenden Situation vielleicht nicht jeden Beweis in angemessener Form darlegen konnte, wird als Ausrede benutzt, um überhaupt nicht ermitteln zu müssen. Obwohl über Monate hinweg mehrere Hundert Seiten und ein Buch („Stärke in der Armut“), welches nicht nur vom Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments Othmar Karas gelesen und gelobt wurde, eben diese Willkür und Problematik der Behörden dokumentiert, ist der Staatsanwalt H. offenbar der Meinung, es gäbe keinen begründeten Anfangsverdacht für tatsächliche Misshandlung durch die Behörden. Obwohl der renommierte Journalist Günter Wallraff jene Dienstanweisung in den Medien veröffentlichte, nach der die Jobcenter bewusst Betroffene betrügen und Daten fälschen, um sich vor Strafverfolgung wegen der Verschleppung von eingereichten Unterlagen zu schützen, hält der Staatsanwalt H. dies offenbar für eine Zeitungsente. Obwohl es sich um einen erheblichen Skandal handelt, ist der Staatsanwalt sich zu schade, hier ernsthaft zu ermitteln, oder schlicht ideologisch voreingenommen oder politisch gesteuert.

Wie ich bereits vor Monaten der Bundesministerin Nahles belegt habe, wurden Unterlagen vom Jobcenter mehrfach als nicht vorhanden behauptet und bis zu fünf mal neu angefordert, um Auszahlungen zu verschleppen. Bei der Vernichtung hatte man sich jedoch nicht ausreichend abgesprochen, weshalb was die eine Sachbearbeiterin als nicht vorhanden behauptete, von der Nächsten als vorhanden korrigiert wurde, um dann wieder Dokumente zu fordern, deren Erhalt ihre andere Kollegin bereits bestätigt hatte. Wäre dies ein Versehen gewesen, hätten die SachbearbeiterInnen nach meinem Hinweis ihre Forderung korrigiert. Aber sie machten einfach weiter, als fehlten die Unterlagen tatsächlich. Die bewusste Vernichtung, oder Zurückhaltung von Dokumenten, um Menschen zu schikanieren, ist längst bewiesen. Nicht jedoch für den Staatsanwalt H., weil was nicht sein darf, auch nicht ist.

Ganz wesentlich erscheint folgender Punkt: *„Ein Unterlassen ist jedoch nur dann strafbar, wenn die Mitarbeiter des Jobcenters rechtlich dafür einzustehen haben, dass Ihnen keine Lebensgefahr droht. (so genannte Garantenstellung, vgl. § 13 StGB)*

*Gemäß § 1 Abs. 2 S. 1 SGB 2 dient die Grundsicherung für Arbeitssuchende der Stärkung der Eigenverantwortung der Leistungsberechtigten. Sie ist daher lediglich als staatliche Hilfeleistung zu verstehen und soll gerade nicht Leistungsberechtigte von ihrer Pflicht entbinden, für ihren Lebensunterhalt selbst zu sorgen. Dann aber kann § 1 SGB 21 nicht dahingehend ausgelegt werden, dass staatliche Stellen verpflichtet sind jede Lebensgefahr für Leistungsberechtigte abzuwenden. Eine solche Pflicht ist aber gerade Voraussetzung für die Begründung einer Garantenstellung.“*

Diese Aussage ist derart unerhört und zugleich fundamental wichtig für die Verteidigung der Opfer, dass ich hier weit ausholen muss. Denn die Regierung



versucht hier mit geschickten Formulierungen den Eindruck zu erwecken das Grundrecht auf Leben sei nicht Bestandteil von Hartz IV. Es wird versucht, den Eindruck zu erwecken, es gäbe Menschen die leiden, weil sie beispielsweise arbeitslos geworden sind und eine Institution die hilft, dies aber natürlich nicht für jeden tun kann und auch nicht muss. Das ist eine grobe Verzerrung der Wirklichkeit. Das von mir beschriebene Leid ist nicht durch irgendeine Form von Armut entstanden und ich bin nicht irgendein Mensch am anderen Ende des Planeten. Sondern die Mitverursacher sitzen in den Chefetagen deutscher Unternehmen und in den Jobcentern. Unternehmen haben entschieden Kosten zu sparen und sich von der Zivilgesellschaft zu trennen. Sie haben, um die Gewinne zu maximieren, die Ressourcen ganzer Gesellschaften ausgebeutet und ziehen sich nun in die Globalisierung und Anonymität zurück. Dieser Raub an der Gesellschaft hat Menschen in Armut getrieben. Dieser Raub ist von der Politik nicht verhindert, sondern gefördert worden. Hartz IV ist keine neutrale Hilfe des Staates, sondern ein Mechanismus, der nachweisbar die Arbeitsleistung der Menschen in diesem Land entwertet, um noch größere Umsätze in den Konzernen zu generieren. Hartz IV ist eine Hilfe für Konzerne. Für die Betroffenen zeigt sich Hartz IV hingegen als eine Art offener Strafvollzug (Zitat DM Chef Götz Werner), in dem Menschen über massiven Druck zerstört werden, wenn sie sich nicht unterordnen. Was der Staatsanwalt H. hier sagt, ist ein Hohn gegenüber denen die nicht krank werden, weil sie arm sind, sondern weil sie durch die Aktivitäten der Jobcenter unter permanenter Angst und Verzweiflung leben müssen.

Durch die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld wurde versucht, die Grundsicherung als vom Grundgesetz verbrieftes Grundrecht verschwinden zu lassen, weshalb nun nicht mehr von Menschen in Notlagen, sondern von Arbeitssuchenden gesprochen wird. Das ist das, was George Bush gemacht hat, als er von ungesetzlichen Kombattanten sprach, statt von Kriegsgefangenen. Hartz IV und Guantanamo beruhen auf demselben politischen Schachzug, auf der selben Geisteshaltung. Ein Grundrecht wird durch „Umlabeln“ scheinbar aufgehoben, staatliches Unrecht durch Manipulation legitimiert. Dann wird ein juristisches Konstrukt gebaut, welches den Eindruck von Legalität erweckt. Die Realität, dass Menschen unverschuldet in Notlagen geraten können und es ein Recht auf Lebenskrisen gibt, weil nur das Entwicklung ermöglicht und Fortschritt und Menschen darin ein Recht auf Leben und Unterstützung haben, weil es häufig die Auswirkung unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ist, dass Menschen in Not geraten und die Gesellschaft als Ganzes dafür Verantwortung trägt, wird hier bewusst durch die Verkürzung der Wirklichkeit negiert. Und zwar, indem aus Menschen in Notlagen plötzlich Menschen werden, die beweisen müssen, dass sie arbeitsfähig und arbeitswillig sind und hier auf unverschämte Weise von Menschen verlangt wird, Verantwortung für ihr Leben zu übernehmen, die ihr ganzes Leben verantwortungsvoll handelten und oft mehr geleistet haben als die SachbearbeiterInnen, die ihnen gegenüber sitzen. Um von einem zu unrecht urteilenden Staat Unterstützung erwarten zu dürfen, sollen sie darin zustimmen, dass sie versagt haben, um den SachbearbeiterInnen unbegrenzte Macht über ihr Leben zu geben. Einem System, welches sie im Stich gelassen hat, als sie die Regierung

am nötigsten gebraucht hätten. Unter Hartz IV bedeutet Verantwortung zu übernehmen, dass man das tut, was einem gesagt wird. Was die Regierung hier getan hat, ist völkerrechtlich betrachtet, reiner Betrug an der Bevölkerung. Man kann nicht bewusst die Lebensgrundlage der Leute zerstören, um Gewinne zu maximieren und dann behaupten, diese Menschen müssten sich nur mehr anstrengen, um sie in der Entwertung erneut zu enteignen und zu entrechten, während die Kluft zwischen Arm und Reich immer dramatischer wird.

Wozu die Grundsicherung dient, die noch immer in Hartz IV vorhanden ist, wie diese zu verstehen ist, dies festzulegen, ist nicht Sache der Regierung oder der Staatsanwaltschaft. Diese ist vom Grundgesetz garantiert. Der vom Staatsanwalt zitierte Paragraf ist reines Marketing. Es handelt sich um eine Lüge. Hartz IV ist die letzte Unterstützung vor dem Tod. Das ist die Realität. Diese Unterstützung muss in einer Demokratie bedingungslos sein, weil man sich ansonsten Andersdenkender einfach dadurch entledigt, dass man sie, wie in meinem Fall, wegen ihres Mangels an Konformismus aus dem Arbeitsmarkt verdrängt und schließlich verhungern lässt, obwohl das, was von der Norm abweichende Menschen tun, immer auf komplexen Mustern beruht, die sich in wechselseitiger Beziehung mit der Gesellschaft befinden, aus denen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten, Konflikte und strukturelle Ungerechtigkeiten sichtbar werden. Nicht der Mensch ist hier falsch, sondern die Struktur. Auch der Alkoholiker auf der Parkbank ist nicht untätig, sondern weist mit seiner Existenz auf ein gesellschaftliches Problem hin und stellt die Aufforderung zum demokratischen Diskurs dar, nicht die Aufforderung, ihn aus der Gesellschaft zu beseitigen und somit komplexes Unrecht nicht mehr sehen, sich als PolitikerIn, als Gesellschaft nicht mehr Bewusstsein über Zusammenhänge des Unrechts erarbeiten zu müssen.

Wie die Regierung das Sozialsystem zu labeln versucht, ist irrelevant. Allein, dass Ihr Staatsanwalt hier das Recht mit Hilfe des Marketings der Regierung legitimieren will, ist so absurd, als würde man einen Konzern der Öl ins Meer kippt freisprechen, weil die Vorstände im Hochglanzprospekt behaupten, es sei ihre Absicht, die Welt zu retten. Für wie dumm hält der Staatsanwalt die BürgerInnen dieses Landes?

Die Bevölkerung hat das Grundrecht, die Absicht hinter einer Politik selbst zu definieren und von der selbstbestimmten Betrachtung eigenes Handeln abzuleiten. Dies darf nicht pauschal bestraft werden. Das nennt man Meinungsfreiheit. Hier darf von der Sichtweise der Regierung jederzeit abgewichen werden. Die Regierung kann lediglich den Wunsch äußern, dass Hartz IV auf diese Weise gesehen wird. Sie kann erklären, dass sie sich dies als Ziel des Gesetzes vorgenommen hat. Dann aber muss auch klar gesagt werden, dass Eigenverantwortung nicht das Ziel von SGB 2 ist, sondern Schuld. Denn Eigenverantwortung kann dort nicht ergriffen werden, wo Abweichung bestraft wird und massive Formen der Abhängigkeit bestehen. Außerdem ist es, wie gesagt, eine Anmaßung, anzunehmen, Arbeitslose hätten zuvor nicht ihr ganzes Leben Verantwortung übernommen oder seien in diese Situation geraten aus Verantwortungslosigkeit heraus.

Eigenverantwortung ist nicht die Pflicht zur Konformität, sondern die Pflicht, dem eigenen Gewissen folgend, Verantwortung für das eigene Tun zu übernehmen. Das kann auch bedeuten, bewusst einen weiteren „Fehler“ zu machen oder erneut ein Unternehmen zu gründen und etwas zu riskieren. Eigenverantwortung kann nicht daran gemessen werden, wie sehr jemand das tut, was die Regierung will, da die Regierung nicht allwissend ist und weder über die Kompetenz verfügt zu wissen, was in jedem Fall angebracht ist, noch das Recht besitzt, Menschen in ihrer freien Lebensgestaltung zu beschneiden, indem sie die Position, die Rolle, die Existenzberechtigung eines Menschen nach Gutdünken umbenennt, um dadurch politische Ziele durchzusetzen und Menschen ihrer Freiheiten zu berauben. Nur weil ich Sie nicht mehr Staatsanwalt, sondern Verbrecher nenne, sind sie noch lange kein Verbrecher. Auch wenn ich erkläre, meine Absicht sei es, Staatsanwälte auf diese Weise zu motivieren, über die Konsequenzen des eigenen Handelns nachzudenken, ergibt sich daraus keine Logik, die im Sinne des tatsächlichen Rechts zwingend wäre.

Einen Grundwert wie Eigenverantwortung kann keine Regierung der Welt per Gesetz durchsetzen. Der Staat hat auch nicht das Recht, dies zu fordern, da es die Grundlage der Demokratie ist, dass man eine PolitikerIn, eine Regierung wählt, damit diese Verantwortung übernimmt und man sich nicht selbst um alles kümmern muss. Die Politik kann nicht Macht annehmen und Verantwortung ablehnen. In der Verantwortung für die soziale Lage des Landes steht zunächst vordergründig nicht das einzelne Individuum, sondern im Sinne des Gesetzes die Sozialministerin, deren Partei dafür von Millionen gewählt wurde. Sie hat sich zu rechtfertigen, nicht der oder die einzelne Arbeitslose.

Eigenverantwortung setzt außerdem einen Bewusstwerdungsprozess voraus, dessen Ausgang komplett offen sein muss. Wie Sie in „Stärke in der Armut“ lesen können, ist es meine Eigenverantwortung dem Jobcenter in jeder Hinsicht zu widersprechen und eben nicht jede Arbeit anzunehmen, ungeachtet der direkten und indirekten Auswirkungen auf Gesellschaft, Umwelt und Volkswirtschaft. Ich übernehme Verantwortung, indem ich die schädlichen Wirkungen von Hartz IV auf Gesundheit und Volkswirtschaft sichtbar mache und mich verweigere, dummen Anordnungen zu folgen. Für diese Eigenverantwortung hat man versucht, mich zu vernichten. Dafür, dass ich in ökonomischer Kompetenz versuche, die Volkswirtschaft gegenüber den Interessen globalisierter Konzerne zu stärken. Wenn also Eigenverantwortung das Ziel von Hartz IV ist, dann hat das Gesetz keinerlei Gültigkeit mehr, denn das Ziel ist auf diesem Wege nicht erreichbar. Ihr Staatsanwalt hätte dann mit seiner Argumentation Hartz IV die Gültigkeit entzogen. Die SachbearbeiterInnen würden sich im rechtsfreien Raum bewegen und wären dann auf jeden Fall voll strafbar für die Konsequenzen ihres Handelns.

Die Regierung ist an dieser Stelle entweder völlig inkompetent oder sie versucht bewusst so zu tun, als habe das Gesetz eine legitime Absicht, was jedes Gesetz haben muss, um überhaupt Gültigkeit zu erlangen. Diese Gültigkeit leitet sich bei SGB 2 nicht von Eigenverantwortung ab, sondern von dem Ziel, scheinbar Unwillige maßregeln zu wollen und sie als billige Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt zu zwin-

gen, was eine Form der strukturellen Enteignung ist. Das haben diese Menschen nicht verdient.

Das auszusprechen versucht die Regierung durch diesen Passus zu vermeiden und Ihr Staatsanwalt fällt darauf herein. Gerade bei SGB 2 muss die offizielle Motivation und Legitimation der Regierung komplett in Frage gestellt werden. Denn sie hält keiner wissenschaftlichen Überprüfung stand. Sie ist reine Behauptung, die von den tatsächlichen Motiven, die zu tiefst verwerflich sind, ablenken soll.

Hartz IV ist auf eine Weise gebaut, die dazu dient, die Hilfe in erster Linie zu verweigern. Man hat von der Versicherungswirtschaft gelernt. Da möglichst nicht zu zahlen, die wahre Absicht ist und viele Maßnahmen sich dadurch erklären lassen, sprechen wir hier nicht von einer freiwilligen Hilfeleistung, sondern von dem bewussten Versuch, Menschen in existenzielle Not zu zwingen, sie darin zu belassen, um sie gefügig zu machen. Davon leitet sich auch ganz konkret die Schuld einzelner SachbearbeiterInnen sowie die der Bundesministerin Nahles ab. Sie riskieren damit, dass Menschen bewusst ihrer Rechte beraubt werden. Sie riskieren, dass Menschen wegen dieser Absicht zu Tode kommen. Wer nicht selbstbewusst genug ist, um dem Jobcenter zu drohen, wird im Zweifel durch diesen Mechanismus stillschweigend verdrängt und erleidet Hunger und seelischen Schmerz, weil es die Absicht der Regierung ist, wenn es nur irgendwie möglich erscheint, auf keinen Fall zu zahlen.

Dieser Terror, der die Betroffenen bereits erreicht, bevor sie das Jobcenter zum ersten Mal betreten, ist das eigentliche staatliche Verbrechen. Dieser Terror verschlimmert die Verhandlungsbasis der arbeitenden Bevölkerung gegenüber den Konzernen und erzeugt zusätzliche Armut. Es ist diese Täterschaft, welche von der Staatsanwaltschaft konsequent geleugnet wird, weil sie unfähig scheint, strukturelle Gewalt zu erkennen und dagegen vorzugehen. Während sie jeden Schutzgelderpresser mit Eifrigkeit verfolgt, lässt sie die Schöpfer eines Systems, welches ausschließlich dazu dient, Leid und Angst zu verbreiten, weil all diese Menschen nicht in Arbeit gebracht werden können, wie demokratische, aufrechte Bürger erscheinen, die nur ihren Job tun.

Konformität ist keine wissenschaftlich begründbare Grundlage oder Voraussetzung wirtschaftlichen Handelns. Ganz im Gegenteil. Darum kann die Regierung Konformität nicht mit wirtschaftlicher Verantwortung, oder wirtschaftlichem Erfolg gleichsetzen. Konformität hat nichts mit Ökonomie zu tun, sondern ausschließlich mit Machtverhältnissen, die sich hier hinter der Ökonomie verstecken und sich über die Ökonomie als salonfähig und akzeptabel, ja zumutbar präsentieren wollen. In der Demokratie kann diese Art versteckter Machtausübung niemals zumutbar sein. Sie ist in der Demokratie verboten. In dieser muss Macht stets transparent sein und transparent zur Diskussion stehen. Sie darf sich nicht selbst als etwas anderes darstellen, den Wähler täuschen, die Bevölkerung manipulieren.

Die Regierung legitimiert all das, ganz im Sinne des realen und strukturellen Rassismus, im Sinne sozialer Apartheid, mit ihrer selbsterklärten Elitenstellung, von der aus sie genau zu wissen glaubt, was für die Menschen gut ist. Nach ihrer „Leitkultur“, nach ihrem Verständnis von dem, was Wertschöpfung ist, und was nicht,

sollen sich alle ausrichten. Das dahinter ein zu tiefst fragwürdiges Menschenbild, eine wissenschaftlich nicht haltbare, ökonomische Theorie steckt, von der längst bewiesen ist, dass sie nicht zu breitem Wohlstand in einer freien Gesellschaft führt, scheint dem Staatsanwalt H. völlig unbekannt. Darum ist es dringend anzuraten, diesen Fall möglichst an eine weibliche, intelligente Staatsanwältin mit Migrationshintergrund zu übergeben, die vielleicht in der Lage ist, die Komplexität und die tatsächlichen Erfahrungen der Betroffenen nachzuvollziehen.

Hartz IV ist von falschen Annahmen und manipulativen Formulierungen und Auslegungen durchsetzt. Wesentliche Konzepte müssen hier analysiert, begriffen und bekämpft werden.

In der sozialen Apartheid greifen zwei Kräfte ineinander. Die eine Kraft versucht, bestimmten Gesellschaftsgruppen systematisch die Lebensgrundlage zu nehmen. Früher verbot man beispielsweise Menschen mit der falschen Hautfarbe oder jenen Bauern, die man bereits am Anfang der Industrialisierung als billige Arbeitskräfte in die Fabriken zwingen wollte, den Erwerb oder Besitz von Land und Weiderecht. Heute passiert dies über beschränkten Zugang zu Bildung oder über die strukturelle Minderung der Entwicklungsvielfalt. Denn systematische Zerstörung der Existenzgrundlage, um anschließend auf diese Weise existenziell geschwächte und abhängig gewordene Volksgruppen zu unterdrücken, hat unter Eliten eine lange Tradition. Selbstständigkeit und Unabhängigkeit wird systematisch vernichtet, um eigene Strukturen durchsetzen zu können. In den Kolonien, wie im Neoliberalismus.

Heute ist nicht nur wer sich nicht mit der ganzen Persönlichkeit den Vorgaben von Personalabteilungen unterordnet, ohne Lebensgrundlage, sondern der Entzug derselben passiert weitgehend unsichtbar. Jedoch ganz gezielt. Der Zugang zur lebensnotwendigen Infrastruktur, die zunehmend in den Händen von Konzernen liegt, ist an Bedingungen geknüpft, die bestimmte Bevölkerungsgruppen und bestimmte Persönlichkeiten nicht erfüllen können. Das Fatale ist, dass diese Bedingungen nicht mehr ausgesprochen werden müssen. Welche Voraussetzungen heute tatsächlich zwischen Erfolg und Armut entscheiden, ist nicht transparent. Sie wurden durch Vorstellungen wie Fleiß, Leistung oder Bildung ersetzt. Dies sind jedoch nicht die realen Faktoren, oder diese Faktoren sind deutliche Verkürzungen der realen Zusammenhänge. Beispielsweise ist längst wissenschaftlich beschrieben worden, dass man in der Regel aus einer „wohlhabenderen“ Familie stammen muss, um eine Position im Top-Management zu bekommen. Es gibt viele soziologische, psychologische Mechanismen, die von der Volkswirtschaftslehre nicht beschrieben werden. Menschen, die wegen ihrer Herkunft nicht die entsprechende Ausbildung erhalten, werden genauso Opfer dieser Strukturen, wie Menschen die zu intelligent sind, Fragen stellen, kreativ, unangepasst oder schlicht IdealistInnen sind, die dadurch nicht kritiklos funktionieren können. Diese eine Kraft drängt also nicht konform lebende, denkende, agierende Menschen in die Armut und zwar aus anderen Gründen, als öffentlich behauptet wird. Nicht weil sie nichts leisten, sondern weil sie unbequem sind, zu Konkurrenz im Machtapparat werden oder den Unternehmen Kosten verursachen würden.

Die zweite Kraft liegt in Strukturen wie Hartz IV, in der die falschen Ursachen

der Armut als individueller Makel, nicht als strukturelle Diskriminierung definiert werden, allein um die systematische Entmündigung und Entrechtung der Betroffenen legitimieren und den Selbstzweck der Behörden rechtfertigen zu können. Die Betroffenen werden nicht als Entrechtete betrachtet, sondern als Hilfebedürftige und diese Hilfebedürftigkeit muss bewiesen werden, während niemand über das Verbrechen spricht, welches ihnen angetan wurde. Als Hilfebedürftige werden sie in der eigenen Position geschwächt, weil sie als Hilfebedürftige scheinbar keine Forderungen stellen dürfen. Sie werden also von zwei Seiten in die Zange genommen.

Da die Bundesministerin in unzähligen Briefen von mir über diesen Sachverhalt aufgeklärt wurde, ist sie sich der Ausweglosigkeit der Betroffenen bewusst und somit ist, was sie tut, oder unterlässt, hier eindeutig versuchter Mord. Sie lässt die Bevölkerung in vollem Bewusstsein in einen Mechanismus rennen, der sie strukturell enteignet, demütigt, foltert und schließlich zerstört. Dieses Vorgehen rechtfertigt sie in technokratischen Begriffen des Arbeitsmarktes und in bewusst falsch dargestellten Zusammenhängen.

Die für die Betroffenen fatale Dynamik in Hartz IV lässt sich auch psychologisch mit der dysfunktionalen Familie illustrieren. Der Vater (die Wirtschaft) missbraucht die Kinder und die Mutter (der Staat), vereidigt nicht die Kinder, sondern gibt ihnen sogar die Schuld. Diese Verdrehungspsychologie bringt die Betroffenen in eine schier unmögliche Situation. Denn sie haben nichts Falsches getan. Aber der Staat, die Bürokratie tut alles, um sie nicht sehen, sie nicht ansehen zu müssen. Diese Verdrehung der Wirklichkeit und Vermeidung von authentischer Beziehung in den Ämtern ist pathologisch, also krank und liefert zugleich das tiefere Motiv des Verbrechens an den Betroffenen. Das ist die Psychodynamik, die Menschen zerstört und die von der Regierung bewusst aufrecht erhalten wird. Wenn ich im Jobcenter vor einer Sachbearbeiterin sitze, die mich nicht ansieht, die mir indirekt Schuld und Makel anhängen will, als rede sie mit jemand anderem, mit einem völlig anderen Menschen, obwohl vor ihr jemand sitzt, der viel geleistet hat, über mehr Kompetenz verfügt und ihre Position fundamental in Frage stellt, dann sehe ich eine Frau, die nicht mit der Wirklichkeit, nicht mit mir als Realität spricht, sondern mit einem Trugbild, mit einem Vorurteil. Darin behauptet sie eine Beratungsleistung, eine Hilfe darstellen zu können, während sie tatsächlich Ignoranz und Verlogenheit darstellt. Dieses Verhalten ist in einem Staat gefährlich und muss unterbunden werden.

Wer diese Vermeidung weiter aufrecht erhält, wie es der Staatsanwalt H., aber auch die Staatsanwaltschaft Berlin tut, macht sich schuldig, als Unterstützer struktureller Gewalt und Misshandlung. Darum ist Hartz IV kein Hilfesystem, sondern ein Vermeidungssystem. Authentische Hilfe setzt die Bereitschaft, die Wahrheit der tatsächlichen Bedingungen erkennen zu wollen, voraus. Es soll in Hartz IV vermieden werden, dass die ArbeiterInnen der Mittelschicht sich mit den Armen solidarisieren, um der Industrie Bedingungen zu diktieren, die menschenwürdig sind. Dass die Staatsanwaltschaft diese längst erforschten Mechanismen struktureller Gewalt auch noch unterstützt, ist schwer zu ertragen und muss Konsequenzen haben. Niemand darf sich dieser Realität entziehen. Psychologische Prozesse sind eine Rea-

lität. Psychische Folter ist hier eine klare Methode.

Dieser massive Eingriff in die Leben der Betroffenen bedeutet, nimmt man die Demokratie ernst, die Übernahme von Verantwortung für das Schicksal von BürgerInnen, die auf Hartz IV angewiesen sind, welche in die Maschinerie von Hartz IV hinein geraten. Hartz IV ist ein extrem negatives Erleben, viel negativer noch als die Armut selbst, welches sich in den Alltag hineinfrisst und die Betroffenen auch dann noch schädigt, wenn sie das Jobcenter verlassen haben.

Zur Verantwortung der SachbearbeiterInnen muss klar festgestellt werden: Wer bestimmen will, trägt auch die Verantwortung. Das ist die Grundlage der Demokratie. Wenn hinter Hartz IV ein bewusster politischer Wille steckt, was in einer Demokratie immer der Fall ist, dann tragen die Regierung, wie auch ihre Beamten, die Verantwortung für die Auswirkungen dieser Willensbekundung. Wenn sie ein Gesetz erlassen, welches zu schwerer Misshandlung führen muss, weil ein Freibrief zum pauschalen Zwang, ein Freibrief zum Entzug der Lebensgrundlage auf bewusst falschen Behauptungen begründet, dies bewirkt, dann ist das Verhältnis zwischen Betroffenen und Jobcenter nicht das Verhältnis von freien und selbstbestimmten Bürgern zu einer karitativen Institution des Staates, in einer Welt voller Chancengleichheit und unbeschränkten Möglichkeiten, sondern dass zwischen Sklaven und Herren, mitten in einem der größten Wirtschaftskrisen der Menschheit, in dem die Freiheit dieser Menschheit gegenüber der Ökonomie verhandelt wird. Es entspricht nicht der Realität, dass die Betroffenen Hartz IV nicht zwingend zum Leben brauchen, sich ja nur einen Job suchen müssten. Vielmehr ist Hartz IV oft ihre letzte Möglichkeit um überhaupt wieder handlungsfähig und selbstbestimmt zu werden. Und Hartz IV ist Teil des Problems, Teil der Ursache, weshalb sie strukturell auf dem Arbeitsmarkt geschwächt werden konnten und entweder keinen Job bekommen oder darin entwertet und entrechtet wurden. Unter Hartz IV werden Menschen massiv ihrer Bürgerrechte beraubt. Die Wiedereingliederungsvereinbarung ist Betrug an den Grundrechten der Menschen. Das ist durch nichts zu rechtfertigen.

Wird Hartz IV versagt, haben die Betroffenen keinen Freiraum mehr. Sie können nur noch in ihren Wohnungen sitzen, bis diese geräumt werden und sterben. Da ist kein Raum mehr, in dem Eigenverantwortung überhaupt denkbar wäre. Denn es ist nicht möglich zu handeln, wenn man im Winter draußen schlafen muss und keinen Ort hat, um die eigene Wäsche zu waschen. Dass die Jobcenter das umsetzen, belegt, dass es ihnen nicht darum geht, dass Menschen arbeiten, weil unter diesen Bedingungen niemand mehr arbeiten kann, die Langzeitfolgen für Betroffene erheblich sind.

In diesem Sinne haben die SachbearbeiterInnen selbstverständlich dafür einzustehen, dass durch ihr Handeln Menschenleben nicht gefährdet werden. Denn von ihnen geht massive Gefährdung und massive Gewalt aus. Diese „staatliche Gewalt“ ist bei genauer Betrachtung durch nichts zu rechtfertigen. Wer Druck ausübt, der verletzt auch. Hartz IV verschärft den Druck auf dem Arbeitsmarkt und Hartz IV sorgt gleichzeitig für die weitere Entwertung der Arbeitskraft. Es ist ein Teufelskreis. Menschen, die vielleicht ihr restliches Leben unter Hartz IV verbringen müssen, weil sie beispielsweise zu alt für den Arbeitsmarkt sind, werden dennoch bedroht, verfolgt

und zerstört. Sie müssen mit einem Betrag leben, der sie isoliert, demütigt, nach außen als minderwertig erscheinen lässt. Sie stehen unter ständigem Zwang zur Einschränkung. Während in jedem anderen Bereich das Glas stets halb voll ist, ist es bei den Armen stets halb leer. Statt zu motivieren, statt großzügig Menschen aufzuwerten, damit sie Selbstwert leben können, werden sie bewusst weiter entwertet. Das ist keine Hilfe, keine Errungenschaft, auf die eine Gesellschaft stolz sein kann.

Ich muss eines mit aller Deutlichkeit sagen. Es ist das Grundrecht des Menschen, Lebensrisiken einzugehen, weil nur das Entwicklung auch für Wirtschaft und Gesellschaft ermöglicht. Vom wirtschaftlichen Scheitern darf keine generelle Schuld abgeleitet werden. Darum kann sich daraus auch keine Eigenverantwortung konstruieren, die gegen die Betroffenen benutzt werden darf, um ihr Verhalten zu verändern. Denn wer pleite geht, hat nicht grundsätzlich etwas falsch gemacht und ist auch keine Belastung für das Gemeinwohl, sondern agiert im legitimen Rahmen der Volkswirtschaft, weshalb nicht einzusehen ist, dass jeder der pleite geht, sich als jemand zu verhalten hat, der bereitwillig umerzogen werden will. Wo der eine verliert, hat der andere gewonnen. Dies gibt den Wohlhabenden nicht das Recht das Leben der Anderen zu diktieren, da ein solches Diktat wirtschaftliche Dynamik abwürgen und zu weiteren Monopolstellungen führen würde.

Ohne die Bereitschaft, etwas zu riskieren, ist weder Fortschritt noch Wohlstand denkbar. Das ganze Leben ist ein Risiko. Wenn ich als Künstler sogar von der Gesellschaft den offiziellen Auftrag habe, Risiken einzugehen, für Reibung zu sorgen, um beispielsweise Missstände aufzudecken oder neue Möglichkeiten auszudrücken, dann ist es schlicht Betrug, wenn die Regierung mich deswegen krepieren lässt, weil ich tue wozu die Politik mich zuvor beauftragt hat, wissend, dass mir das nicht hilft, einen Job zu bekommen. Sie haben mich dazu ausgebildet, ihnen zu widersprechen. Die Regierung verweigert mir, was mir als jemand, der für die Gesellschaft arbeitet, zusteht, wie jeder Krankenschwester, jedem Richter, jedem Feuerwehrmann. Natürlich kann ich als KünstlerIn keine Angestellte des Staates sein, denn ich muss im Gegensatz zum Feuerwehrmann oder zur LehrerIn frei und unabhängig agieren können. Im Umkehrschluss bedeutet das jedoch nicht, dass die Regierung KünstlerInnen wegen ihrer Arbeit wie normale Selbstständige behandeln darf, als ginge es bei der Tätigkeit von KünstlerInnen nur um das Verdienen von Geld, und wer das nicht mit seiner Arbeit erreicht, eine schlechte oder überhaupt keine KünstlerIn ist, eine schlechte UnternehmerIn ist, die damit aufhören muss, was faktisch falsch ist, da wirtschaftlicher Erfolg in der Kunst kein Qualitätskriterium darstellt und die Museen voll sind mit Werken von KünstlerInnen, die zu Lebzeiten damit nicht wirtschaftlich erfolgreich waren. Ohne diese Arbeiten aber wären wir nicht, was wir heute als Gesellschaft sind. Der Staat trägt darum die volle Verantwortung für das Überleben jener, die im Namen des Fortschritts der Gesellschaft ihre Existenz riskieren, nicht nur für KünstlerInnen, sondern auch für jene, die beispielsweise versuchen, einen kleinen Laden zu gründen, was Neues probieren, ihre Familie ernähren oder etwas Großes leisten wollten. Die Wahrheit ist, dass diese Menschen die Verantwortung übernommen haben und der Staat versucht, sich mit Hartz IV der Verantwortung zu



entziehen. Denn wir alle nehmen an der Wirtschaft teil, als Gewinner oder Verlierer. Wir alle tragen diese Wirtschaft mit.

Die Vorstellung, dass die „Verlierer“ des Kapitalismus nicht notwendiger Teil des Kapitalismus seien, ist eine politische Konstruktion. Man kann nicht gewinnen, ohne auch zu verlieren. Es ist darum ethisch zu verurteilen, dass, wer verliert, alles verliert, sogar ihre oder seine Grundrechte. Dies würde bedeuten, dass der Kapitalismus ein politisches und kein ökonomisches Instrument ist, was natürlich denkbar und darum zu verurteilen ist.

Wenn die Regierung die Verantwortung für die Armen nicht übernehmen will, muss sie sich aus den Leben der Betroffenen raushalten, muss sie ihnen maximale Freiheit zusichern und diese Freiheit gegenüber den Konzernen verteidigen. Genau das tun sie nicht. Sie überlassen die Menschen schutzlos der Willkür großer Unternehmensstrukturen und behaupten dann, die Opfer hätten ja nur das richtige Studium, nur die richtige Anpassung finden, sich entsprechend verhalten müssen, um nicht arbeitslos zu werden, obwohl es gleichzeitig das Ziel der Wirtschaft ist, immer weniger ArbeiterInnen zu benötigen, einer Wirtschaft, die sich gegen die Volkswirtschaft richtet. So verhalten sich Piraten, nicht aber Unternehmen, die das Gemeinwohl im Sinn haben.

Meine Strafanzeige bezieht sich auf schwere Misshandlung, die mir angetan wurde, um mein Verhalten zu verändern. Nicht, weil dies aus Sicht der Gesetzgeber mich speziell als Timothy Speed treffen sollte, sondern weil all jene, die abweichen, davon betroffen werden sollen. Arbeitslose, Arme, KünstlerInnen, MigrantInnen, Menschen die vom Erwünschten abweichen. Den SachbearbeiterInnen vor Ort war das nur billig, um gerade mich damit zu treffen. Die Regeln von Hartz IV werden nahezu immer gegen die Betroffenen ausgelegt.

Wie naiv ist der Staatsanwalt, das nicht zu erkennen? Mir wurde gedroht. Ich wurde eingeschüchtert, man hat meine Wohnung durchsucht und mich abfällig behandelt. Man hat alles getan, um mir das Leben schwer zu machen. Man hat mich durch den Entzug von Zahlungen sogar zusätzlich in meiner Selbstständigkeit ruiniert. Wegen der Verweigerung von Heizkosten konnte ich keine Aufträge annehmen oder generieren. Das hat mich fast ein Jahr gekostet. Ich hatte nicht mal das Geld, um Kunden zu treffen. Ich habe den SachbearbeiterInnen gesagt, dass ich ohne Essen nicht arbeiten kann, dass ich an die 100.000 Euro verliere, weil ich kein Geld für Essen habe. Das hat sie nicht interessiert. Sie hielten das Geld weiterhin zurück. Sie stellten Gehorsam vor Wertschöpfung. Denn von Wertschöpfung verstehen Beamte nichts. Sie ist ihnen verdächtig, weil sie nicht kontrollierbar ist. Die Regierung hat nicht die Kompetenz, um Millionen Menschen zu diktieren wie sie wirtschaftlich erfolgreicher werden. Das die SachbearbeiterInnen der Jobcenter das überhaupt könnten, ist eine reine Lüge. Die Regierung darf nicht implizieren, dass konformes Verhalten das Problem löst, wenn es dies tatsächlich nicht tut, sondern nur zu mehr Konformitätszwang und zu mehr Arbeitslosigkeit führt, weil Wertschöpfung in der Breite, in der Vielfalt dann immer weniger stattfindet.

Die scheinbare Beratungsposition der SachbearbeiterInnen ist ein Trickbetrug.

Tatsächlich halten sie zurück, was den Betroffenen strukturell gestohlen wurde.

Erklären Sie mir doch bitte, Herr Oberstaatsanwalt Junker, wie es sich bei einer staatlichen Leistung, die für das Überleben der Betroffenen zwingend erforderlich ist, in einem zivilisierten Land um eine freiwillige Leistung handeln kann, wenn die Verweigerung ein völkerrechtswidriger, ja ein barbarischer Akt ist? Wie kann es sich in diesen Tagen um eine freiwillige Frage handeln, ob der Aktivist Ralph Boes in Berlin verhungert oder nicht? Wie kann dies noch eine Kategorie freier Willensbekundung sein, ohne dass dabei die Demokratie, ja die freie Zivilgesellschaft vernichtet wird?

Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass die Regierung tatsächlich beabsichtigt, Menschen wie Boes oder mich sterben zu lassen und sich dazu das Recht herausnimmt. Sehen Sie nicht, wie das die Meinungsfreiheit untergräbt? Wie das uns alle über kurz oder lang zu Sklaven macht.

Erklären Sie, weshalb die Justiz dieses Bestreben unterstützt und darin überhaupt zustimmt, dass die Regierung tatsächlich die freie Wahl haben soll, ob sie Bürger, für deren Notlage sie durch falsche Wirtschaftspolitik mitverantwortlich ist, leben oder sterben lässt! Das ist der entscheidende Punkt. Wenn Angela Merkel zu einem Flüchtlingskind sagt, dass sie nicht alle aufnehmen könne, verschweigt sie, dass auch Deutschland, wie der ganze Westen, dazu beigetragen hat, die Staaten, aus denen die Flüchtlinge kommen, zu destabilisieren und dass es in einer globalisierten Welt keine Trennung, keine Nichtauswirkung und Verhinderung wechselseitiger Beziehung gibt. Sie verschweigt, dass Flüchtlinge und Arme Opfer struktureller Gewalt sind, die zu einem erheblichen Teil von westlichen Regierungen und westlichen Konzernen ausgeht. Wenn sie formuliert, dass man nichts tun könne, sagt sie, dass man nichts tun wolle. Denn natürlich können die Verhältnisse anders organisiert werden. Sie unternimmt nicht einmal den Versuch, die Verhältnisse zu ändern, sondern tut so, als sei das Leid das Ergebnis einer Naturkatastrophe und nicht die Folge der systematischen Entwertung großer Teile des Planeten, um wenige Konzerne und Regierungen künstlich aufzuwerten, um davon Macht und Dominanz abzuleiten. Die Regierung hat nicht den Charakter, um öffentlich auszusagen, dass SchriftstellerInnen, Intellektuelle und Andersdenkende nun per Gesetz in die Obdachlosigkeit getrieben werden, wenn sie weiterhin die Regierung kritisieren und darum keine Jobs bekommen, weil Produkte sich im Umfeld ihrer kritischen Weltbetrachtung schlechter verkaufen. Die Staatsanwaltschaft darf sich diesen Zusammenhängen nicht verschließen.

H. führt dazu aus: *„Aber selbst, wenn die Mitarbeiter des Jobcenters eine Garantenstellung Ihnen gegenüber hätten, besteht kein Anfangsverdacht wegen versuchten Mordes. Wegen versuchten Mordes macht sich nur strafbar, wer unter anderem den Tod eines Menschen beabsichtigt, oder zumindest billigend in Kauf nimmt. Dass die Mitarbeiter des Jobcenters mit der Verweigerung der Sozialleistung Ihren Tod beabsichtigten, ist jedoch nicht ersichtlich.“*

Erklären Sie mir doch, Herr Oberstaatsanwalt Junker, wie Sie sich das im Detail vorstellen, dass eine SachbearbeiterIn, die in mindestens drei Briefen darüber in Kenntnis gesetzt wurde, dass die Verweigerung von Zahlungen zu meinem Tod

führen wird, deren Job davon abhängt, dass sie mir diese Gelder trotzdem entzieht, egal welche Folgen dies hat, die sich über die begründeten Zweifel an ihrer Vorgehensweise bewusst sein musste, mit einer Verweigerung oder Verzögerung der Zahlungen nicht die Absicht hegt, mich aus Eigeninteresse sterben zu lassen? Wie können Sie mit Sicherheit, aus der Distanz, davon ausgehen, dass diese Absicht nicht bestand? Wie, erklären Sie es der Öffentlichkeit, verhält es sich, wenn diese Dame wusste, dass ich sterben könnte und sie ein Motiv hatte, dies zu übergehen, um beispielsweise ihren eigenen Job zu retten? Oder weil sie sich die Arbeit nicht antun wollte. Erklären Sie doch der Öffentlichkeit, wie es kein versuchter Mord sein kann, obwohl sie ein Motiv und eine klare Absicht hatte und diese tatsächlich umsetzte! Und ich nur durch Glück und Zufall überlebte. Ist es etwa kein Mord, weil die SachbearbeiterIn und der Staatsanwalt sich weigern es Mord zu nennen, da dies schwerwiegende Konsequenzen hätte? Ist es darum kein Mord, weil es kein Mord sein darf, weil das Hartz IV beenden würde? Ist die Staatsanwaltschaft an dieser Stelle politisch motiviert? Ist sie bereit, erneut die SchreibtischtäterInnen zu schützen, weil sie selbst zur SchreibtischtäterIn geworden ist?

Ich stelle klar, dass dies heute einer der zentralen Punkte ist. Ab wann ist die Verweigerung von Hilfe nichts anderes als Mord? Das betrifft die Menschen im Mittelmeer, wie jene, die unter Hartz IV leiden müssen oder in Griechenland leben. Es ist meiner Ansicht nach dann Mord, wenn jene, die einen finanziellen Ausgleich verweigern, Teil der Ursache des Leides sind, also in einer unmittelbaren Beziehung stehen und der eigentliche Grund ihrer Verweigerung darin liegt, diese Mitschuld durch den Akt der Verweigerung zu leugnen. Wir verweigern den Asylsuchenden nicht die Aufnahme, weil wir sie nicht aufnehmen können, sondern weil sie den Schatten unseres Wohlstandes nach Europa tragen und sichtbar werden lassen. Statt dies zum Anlass zu nehmen, um Europa im Sinne des Menschen zu verwandeln und ganz neue Wege zu gehen, werden Menschen in Stich gelassen, um die eigene Schuld an deren Leid nicht sehen zu müssen und den Status Quo der Machtverteilung um jeden Preis zu erhalten. Darum wird erklärt, immerzu erklärt, man sei nicht zuständig, man habe keine Pflicht, statt über das Leid selbst zu reden, über die Schicksale. Das ist Mord. Die Absicht, Menschen verhungern zu lassen, die im übertragenen Sinne zur eigenen Familie gehören, zu denen man in einer direkten Beziehung und Wechselwirkung steht, worin die eine Rolle die andere bedingt, reale Abhängigkeiten bestehen und Verpflichtungen. Die Absicht, in dieser Konstellation Hilfe zu verweigern, die eigentlich nur ein Ausgleich für erlittene Ungerechtigkeit ist, jener Ungerechtigkeit, von der viele große Unternehmen in Deutschland profitieren, bedeutet nicht nur, den Menschen, sondern auch die Wahrheit zu töten. Bedeutet, sich selbst als Menschen zu töten! Darum ist es Mord. Mord setzt eine Beziehung voraus. Sei diese real oder projiziert. Das ist der Unterschied zwischen einem Menschen, der am anderen Ende der Welt verhungert, wo man es nicht mitbekommt und jenem, dem Sie dabei in die Augen sehen ohne etwas zu tun, weil ihr oder sein Leid Ihren Status in Frage stellt.

Zu meiner SachbearbeiterIn sage ich: „Ich bin Dein Künstler. Ich stehe für

Deine Welt und die Welt Deiner Kinder ein und Du hast mich verdammt, als sei ich ein Fremder. Als handelte ich nicht in Deinem Auftrag. Habe ich nicht für Deine Zukunft meine Existenz riskiert, während Du nichts getan hast? Was folgt, ist darum für Dich nur der Tod eines Fremden. Ein Tod, der mit Dir scheinbar in keinerlei Verbindung steht. Ein Tod, den man vergessen, den man sogar belächeln kann. Ich bin wegen Dir hier, wegen dem, was Du und viele wie Du getan oder gerade nicht getan haben, indem sie die Beziehung verweigerten. Ich will Dich nicht bestrafen. Ich will, dass Du über Dich hinaus wachst, um ein ganzer Mensch zu werden, der keinen Teil des Lebens abwertet oder als minderwertig behandelt. Ich bin, was Dir fehlt, nicht was Dich belastet. Schiebe es nicht auf mich, dass Du Dich selbst nicht in Deiner Ohnmacht und Angst erträgst!“

Den Menschen wird das Geld zum Leben verweigert, um ein nicht mehr funktionierendes System nicht ändern zu müssen. Darum werden die Betroffenen abstrahiert, anonymisiert und abgeschoben. Sie werden zu Nummern in der Statistik. Für die Täter leben Arbeitslose und Flüchtlinge in einer anderen Welt, in der sie angeblich alles erreichen können, wenn sie es nur wollen. Diese Wirklichkeit existiert nicht. Weil das die Mitwirkung der gesamten Gesellschaft erfordern würde und genau das nicht gewollt ist. Es würde die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nachhaltig verändern.

Die Vorstellung von dem, der weiterkommt, weil er fleißig ist, ist eine Fantasie, ein vom politischen Marketing geschaffenes Trugbild. Denn wir verhindern durch unsere Wirtschaftsstruktur, dass die Armen jemals hoch kommen.

Hier geht es um konkrete Menschen, die ganz konkret getötet werden, weil wir die Ideologie vertreten, dass der Wohlstand uns zusteht, weil wir mehr geleistet haben und die anderen es weniger wert sind. Sie haben nicht mehr geleistet als ich. Eine allein erziehende Mutter hat nicht weniger geleistet als Sie. Ein Mensch in einem Rettungsboot hat nicht weniger geleistet und nicht weniger das Recht auf Leben. Natürlich muss dies in einer Beziehung, in einer Kultur erarbeitet werden, natürlich haben Menschen auf beiden Seiten Angst vor der Veränderung, aber was heute passiert, ist das einseitige Diktieren der Verhältnisse, wie es den Mächtigen passt. Die Stimme der Betroffenen kommt darin nicht vor. Wollen Sie wirklich diesen Weg beschreiten?

Erklären Sie uns doch, Herr Oberstaatsanwalt Junker, warum, was hier passiert, nicht der bewusste Akt des Tötens ist! Die Wahrheit ist, sie können es nicht erklären, weil Sie die Tötung von Menschen rechtfertigen müssten und dafür haben Sie nicht den Mut.

Darum trennt Ihr Staatsanwalt das, was in den Jobcentern passiert vom Schicksal der Betroffenen, ja vom konkreten Einzelfall ab. Es wird abstrahiert. Darum kommt das konkrete Schicksal derer, die sanktioniert, derer, die ewig auf Zahlungen warten mussten, in der Argumentation nicht vor. Ihr ganzes Justizsystem würde an deren Realität zerbrechen. Wann endlich übernehmen Menschen wie Sie die Verantwortung für ihr Tun? Wann werden sie zu reifen Menschen, die sich bitteren Wahrheiten stellen, statt vor diesen davon zu laufen?

Ich werde mich diesen Strukturen nicht mehr unterwerfen. Ich bin es wert.

*„Des Weiteren lässt sich auch in dem von Ihnen als psychische Folter empfundenen Verfahren zum Erhalt der Sozialleistungen kein strafbares Verhalten der Mitarbeiter ... erkennen; Insofern stellt deren Verhalten keine Körperverletzung dar.“*

Wollen Sie das wirklich unterschreiben, ohne jemals ein Jobcenter betreten zu haben, ohne zu wissen, was Armut bedeutet? Wie oft haben Sie draußen im Schnee geschlafen? Wie oft haben Sie Hunger erfahren? Wie oft die Verzweiflung, die Angst nicht für die eigenen Kinder sorgen zu können? Mussten Sie schon am Morgen vor Hunger ins Waschbecken kotzen? Kennen Sie diese Erfahrung? Wissen Sie überhaupt, wovon ich rede? Haben Sie eine Vorstellung davon, was Körperverletzung in der Praxis bedeutet? Haben Sie selbst erlebt, was es mit einem Menschen macht, wenn dieser über Wochen und Monate nicht weiß, ob er nochmal Geld zum Leben erhält, weil dies immerzu geprüft werden muss und Sie ständig als Verbrecher dargestellt werden? Wissen Sie, was es heißt, wenn andere, wildfremde Menschen sich anmaßen, Ihr Leben kontrollieren zu wollen und ihnen nachstellen, wie Stalker in der Nacht?

Dazu schreibt Staatsanwalt H.: *„Eine Körperverletzung liegt nur dann vor, wenn eine Person körperlich misshandelt oder an ihrer Gesundheit geschädigt wird. Voraussetzung hierfür ist, dass das körperliche Wohlbefinden beeinträchtigt wird. Allein eine Beeinträchtigung des psychischen Wohlbefindens genügt hier nicht. Für eine Körperverletzung muss bei einer psychischen Folter durch diese ein somatisch objektivierbarer pathologischer Zustand des Körpers hervorgerufen werden. Selbst wenn Ihnen durch den von Ihnen beschriebenen Sachverhalt ein vergleichbar körperlich krankhafter Zustand entstanden sein sollte, läge eine Strafbarkeit nach §§ 223, 226 StGB nicht vor, denn die Bearbeitung eines sog. Hartz IV Antrages stellt ein sozialadäquates Verhalten von Mitarbeitern eines Jobcenters dar; d.h. Eine Körperverletzung kann einem sozial adäquaten Verhalten nicht objektiv zugerechnet werden.“*

Diese Argumentation betrifft zwei wesentliche Punkte. Erstens ignoriert Staatsanwalt H., dass bereits dem Oberstaatsanwalt Raupach in Berlin über Wochen beschrieben und dokumentiert wurde, wie ich mich in direkter Folge der Misshandlungen in ärztliche Behandlung begeben musste. Herzkreislaufstörungen und nervlicher Zusammenbruch waren die Folge. Der Oberstaatsanwalt leitete zu dem Zeitpunkt keine Untersuchung durch einen Amtsarzt ein, sondern ignorierte bewusst die mögliche Schaffung einer Beweislage gegen den Staat. Ein schwerwiegendes Fehlverhalten. Zweitens kann nach der Argumentationskette des Staatsanwaltes auch das Verhalten eines Kinder schändenden Priesters als sozial adäquat bezeichnet werden, da das Streicheln von Kindern zu dessen Jobbeschreibung gehört. Solange man sich nicht mit der persönlichen und ganz individuellen Vorgehensweise, und mit den in der Struktur der Kirche verborgen liegenden Gefahr struktureller Gewalt auseinandersetzt, sondern nur mit dessen Aufgabenstellung und Beruf, wird das Verbrechen nicht sichtbar, was der Grund ist, weshalb gerade struktureller Missbrauch und strukturelle Gewalt oft Jahrzehnte unerkant bleiben.

Wollen Sie dies auch bei Hartz IV verantworten? Dass die Bearbeitung eines Antrages legitim sein mag, sagt nichts darüber aus, welche Bedingungen vor Ort herrschen, oder in welcher Weise jemand die eigene Stellung benutzt, um Menschen Schmerz zuzufügen. Das Verhalten der SachbearbeiterInnen kann also nicht durch ihre Stellung oder ihre Aufgabenstellung entschuldigt, oder grobes Fehlverhalten dadurch ausgeschlossen werden. Ohne sich den tieferen Strukturen zu öffnen, bleibt das Unrecht hier unsichtbar. Da Bearbeitungszeiten von mehreren Monaten, die Verweigerung von Heizkosten, die Verschleppung von transparenten Untersuchungen zur Diskussion steht und die Zustände über den Schriftverkehr mit Oberstaatsanwalt Raupach nachweisbar, nach jeder Kritik von mir noch schlimmer wurden, ist natürlich hier in vollem Umfang von schwerer Körperverletzung und massiver Bestrafung eines Schriftstellers, wegen seiner Arbeit, zu sprechen. Von was denn sonst?

Die bewusste Verweigerung von Heizkosten musste zur Obdachlosigkeit führen. Darum, weil sie massiv in mein Leben eingriffen und dieses dabei gefährdeten, obwohl ich, um handlungsfähig zu bleiben, darauf vertrauen musste, dass Zahlungen nicht plötzlich und willkürlich eingestellt werden, ist, was die SachbearbeiterInnen taten, natürlich in ihrer persönlichen Verantwortung und hat nichts mit der Garantstellung ihres Jobs zu tun. Gleichzeitig ist dieses persönliche Fehlverhalten strukturell begünstigt, weshalb die Bundesministerin Nahles dafür ebenfalls verantwortlich ist. Darum muss hier klar festgestellt werden, dass die strukturelle Gewalt unter dem Schutz scheinbar nicht vorhandener Garantstellung erst möglich wird. Da die SachbearbeiterInnen keine Strafverfolgung fürchten müssen, sie zugleich über Leben und Tod von Menschen entscheiden, ist hier Tür und Tor für strukturelle Misshandlung geöffnet. Dies muss dem Gesetzgeber klar sein. Denn diese Mechanismen sind nicht erst seit dem Stanford-Prison-Experiment bekannt. Gibt man Menschen die totale Macht, führt dies zur Korrumpierung des Menschen, zu systematischem Machtmissbrauch. Über kognitive Dissonanz wird das Unrecht intern gerechtfertigt, ja eine Parallelwirklichkeit geschaffen. Weil, was die SachbearbeiterInnen jeden Tag Menschen antun müssen, natürlich in ihrem Inneren einen Konflikt erzeugt, wird im Gruppenzwang, was nicht sein darf, zu dem, was auf jeden Fall richtig ist, verkehrt. In dieser Psychologie müssen die Betroffenen zu Tätern, zu Betrügern, zu minderwertigen Menschen gemacht werden, damit die SachbearbeiterInnen mit der Schuld leben können. Darum ist es die logische Konsequenz, dass die Betroffenen wie Abschaum behandelt werden und permanente Bestrafung inszeniert werden muss, um vor sich selbst zu beweisen, dass es sich bei den Betroffenen tatsächlich um Schuldige handelt. Darum muss auch ständig gedroht, ständig belehrt werden. Die SachbearbeiterInnen unterliegen hier vielfach einem kollektiven Wahn. Massenhafte Misshandlung scheint darum dass zu sein, was die Regierung will. Denn die Entstehung struktureller Gewalt ist wissenschaftlich belegt und die Regierung kann nicht behaupten, dies nicht zu wissen.

Ein weiteres Beispiel struktureller Gewalt zeigt sich im Folgenden. Die Regierung hat durch die Festlegung von viel zu geringen Hartz IV Sätzen, in denen bereits eine kaputte Waschmaschine den Verzicht auf Nahrung erfordert, um die Reparatur

bezahlen zu können, jene angebliche „Kriminalität“, jenen angeblichen Sozialbetrug selbst geschaffen, die sie den Betroffenen vorwirft. Menschen sind gezwungen, das Amt zu täuschen, um zu überleben. Angesichts der fatalen Zustände muss dies auch als legitim bezeichnet werden. Weil hier der Rechtsstaat versagt. Denn niemand kann sein Leben in die Hände inkompetenter und verantwortungsloser SachbearbeiterInnen übergeben, die für keinen ihrer Fehler je haften müssen. An dieser Stelle wird aber von der Regierung bewusst konstruierte Schuld benutzt, um noch drakonischer gegen Betroffene vorzugehen.

Die SachbearbeiterInnen hätten mein Leid jederzeit sofort beenden können. Niemand hat sie gezwungen, dafür Monate zu benötigen. Sie erhielten den Zustand der Folter in vollem Wissen aufrecht. Das ist ihnen nicht passiert, weil sie zu viel zu tun hatten, sondern, dies ist die bittere Wahrheit, sie verlängerten mein Leid weil jedes unmittelbare Handeln, um mein Leid zu beenden, ein Schuldeingeständnis gewesen wäre. Wegen der kognitiven Dissonanz war das undenkbar. Darum verschleppten sie den Prozess und suchten ständig nach fehlenden Belegen, mit denen sie ihr Fehlverhalten entschuldigen und sich selbst vor Strafverfolgung schützen können. Sie haben aus reiner Eigennützigkeit meine Misshandlung fortgeführt, in der Hoffnung, dass ich verschwinden oder aufgeben würde. Sie waren bereit, mich in vollem Bewusstsein zu ermorden, während sie täglich zur Arbeit gingen, Blumen gossen, sich verhielten wie normale Bürger, die nur das Gute wollen.

Selbst heute noch werden „Scheinprüfungen“ inszeniert, um den Eindruck der Normalität zu erwecken. Diese „Scheinprüfungen“ dauern natürlich wiederum Monate und die daraus voraussichtlich falsch gefolgerten Beschlüsse werden in neuen „Scheinprüfungen“ vermutlich weitere Jahre bearbeitet und legitimiert. Während dieser Zeit wird keine Unterstützung gezahlt. Der Mensch hat in diesem Zustand keinerlei Chance, sich selbst aus dem Leid zu befreien, weil nur noch der Selbstzerfall bis zum Tod möglich ist.

Staatsanwalt H. jedoch interessiert sich dafür nicht: *„Schließlich besteht gegen die Mitarbeiter des Jobcenters auch kein Anfangsverdacht wegen Falschbeurkundung im Amt (§ 348 StGB). Selbst den Fall unterstellt, dass tatsächlich die von Ihnen zitierte Dienstanweisung existiert und die Mitarbeiter des Jobcenters diese Anwendung auch befolgen, erfüllt dies nicht den Tatbestand der Falschbeurkundung im Amt. Gemäß § 348 StGB macht sich strafbar, wer als Amtsträger innerhalb seiner Zuständigkeit eine rechtlich erhebliche Tatsache in öffentlichen Dateien falsch einträgt. Zwar sind die Mitarbeiter des Jobcenters Amtsträger im Sinne des §§ 11 Nr. 2b). Auch wird die Eintragung in die Systemdatei des Jobcenters von den Mitarbeitern im Rahmen ihrer Zuständigkeit vorgenommen. Die Datei ist jedoch ausschließlich für den inneren Dienst bestimmt und daher nicht öffentlich im Sinne des §§ 348 StGB. Öffentlich ist eine Datei nur dann, wenn sie eine Tatsache für und gegen jedermann verbindlich feststellt. Eine rein innerdienstliche Dokumentation ist hierfür weder geeignet, noch dazu bestimmt.“*

Auch hier zeigt sich die schlampige Ermittlung des Staatsanwaltes H.. Die Fälschung des Datums der Einreichung eines Antrags dient natürlich der öffent-

lichen Darstellung von kurzen Bearbeitungszeiten von Hartz IV Anträgen. Diese Anweisung erfolgte durch den Vorstand der Bundesagentur für Arbeit und wurde in der Dokumentation von Wallraff durch den Vorstand der Bundesagentur als Beleg benutzt, um den Eindruck zu erwecken, es müssten unter Hartz IV keine Menschen leiden. Der Vorstand sprach von wenigen Tagen Bearbeitungszeit, obwohl es tatsächlich oft mehrere Wochen sind. Das war eine glatte, öffentliche Lüge. Öffentlicher als im Fernsehen, bei einem offiziellen Interview, geht es nicht. Darum ist die Fälschung der Eingangsdaten nicht für den internen, sondern für den externen Gebrauch bestimmt gewesen. Zur Fälschung der öffentlichen Statistik. Es handelt sich um die Fälschung einer erheblichen Tatsache, da in Folge Menschen weiterhin misshandelt und vielleicht auch gestorben sind. Es ist absolut verantwortungslos, dass die Staatsanwaltschaft den Ursprung dieser Dienstanweisung nicht ermittelt.

Während im ganzen Land Tausende leiden und schwer traumatisiert werden, zieht sich die Justiz in einen abstrakten Palast der selbstreferenziellen Ignoranz zurück, um nicht handeln zu müssen. Wer das gesamte Bild der Geschehnisse betrachtet, kann darin eindeutig ein Muster struktureller Gewalt erkennen und belegen. Während viele in den 80er und 90er Jahren hoffnungsfroh in eine Welt voller Möglichkeiten aufgebrochen sind, wurden uns als BürgerInnen in den vergangenen vierzehn Jahren, seit dem elften September, zunehmend Strukturen der Angst und des Freiheitsverlustes zugemutet. Das Ziel scheint es, den per se schuldigen Menschen zu schaffen, der kein Recht mehr besitzt, selbstbestimmt an der Gestaltung der Welt teilzunehmen. Besonders nicht unkontrolliert, nicht unüberwacht, nicht ohne beurteilt zu werden. Dieser durch und durch kontrollierte und in Schuld gefangene Mensch ist nicht in der Lage, die Kreativität und Kraft aufzubringen, um jemals wieder eine starke Ökonomie zu schaffen, welche Menschen selbstbestimmte Freiheit ermöglicht. In der Armee der angepassten und sich unterordnenden Sklaven sind keine UnternehmerInnen, keine GründerInnen, keine ErfinderInnen. Wer Hartz IV legitimiert, vernichtet darum auch die tatsächliche Grundlage des Wohlstandes, um jene Ökonomie zu subventionieren, die Marke als Macht begreift und Arbeit als Gehorsam. Den freien und kreativen Menschen und dessen starke, solidarische, idealistische Kultur, dürfen wir nicht aufgeben.

Mir ist klar, dass die Anerkennung der Totalstreichung von staatlichen Zuwendungen als Mord, im Sinne des Völkerrechts zu erheblichen Schadensersatzforderungen und politischen Verwerfungen im ganzen Land führen wird. Genau das ist meine Absicht. Die Vermeidung muss ein Ende haben, damit der Schmerz der Menschen eine Realität sein darf. Ich schreibe Ihnen diesen Brief nicht, weil ich an dieses Justizsystem glaube, sondern weil spätere Generationen sehen sollen, wie es zu diesem Unrecht gekommen ist und welche feige Rolle die Justiz dabei spielte. Und es sollen andere motiviert werden, diesem Staat ebenfalls mit ihrer ganzen Existenz zu widersprechen.

Dies ist nicht die Aufforderung zu einer Amtsentscheidung, sondern zum offenen Dialog. Offenbar hat sich die Staatsanwaltschaft verrannt. Sie muss nun auf die Zivilgesellschaft zugehen!



MfG

Timothy Speed

<http://www.timothy-speed.com>

